

# Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1794

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhofs 3608—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,25 M Postgelddirekt) bei Postbestellung außerhalb 72 Pf. Bestellgeld.

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handeltelt): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zelle 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Koehnstraße 22-26

10 Pf. [Anwärter 15 Pf.] • Nr 479

DONNERSTAG, 6. OKTOBER 1932

MORGEN-AUSGABE

## Londoner Konferenz aufgegeben Richterpruch für Weiß

### MacDonald sucht nach einer anderen Lösung

### Beleidiger erhalten Gefängnis

Wichtig übersehend hat sich gestern abend aus einer Erklärung der englischen Regierung ergeben, daß der vorgelegte erst offiziell ausgeprochene Plan einer Londoner Konferenz über die deutsche Gliederberechtigung in den Wehrtruppen bereits aufgegeben ist. Das offizielle englische Reuters-Büro verbreitet die folgende Auslassung:

„Der heute abend in unterrichteten britischen Kreisen vorgeherrschende Eindruck in der Frage der Abhaltung von Abrüstungsverträgen in London in dem von der britischen Regierung beabsichtigten Sinn scheint dahin zu gehen, daß infolge der ablehnenden Haltung der französischen Regierung und des von deutscher Seite eingenommenen Standpunktes eine Beteiligung dieser beiden Länder an der vorgeschlagenen Konferenz kaum in Aussicht liege, und daß der Gedanke dieser Konferenz daher wohl aufgegeben werden müsse.“

Auf britischer Seite scheint sich allmählich ein Bild der Politik abzuzeichnen, die nach dem Scheitern der bisherigen Versuche, Deutschland auf die Abrüstungskonferenz zurückzuführen, verfolgt werden müßte. Während bisher stets die Auffassung vertreten worden ist, daß eine Fortsetzung der Abrüstungskonferenz ohne Beteiligung Deutschlands unannehmbar ist, wird jetzt der Meinung Ausdruck gegeben, daß die weiteren dieser Konferenz unangehörig fortgesetzt werden müßten, und daß, ebenso wie bei den Erweiterungen des Abrüstungsabkommens, die deutsche Beteiligung in Kauf genommen werden müsse. Man hofft, daß der weitere Gang der Abrüstungskonferenz eine Lage ergeben werde, die es Deutschland ermöglicht, seine fortgesetzte Mitarbeit am Abrüstungsweert mit den von ihm vorgebrachten Wünschen zu vereinbaren.“

Diese englische Beraubarung läßt klar erkennen, daß man im englischen auswärtigen Amt die Bemühungen um die Verwirklichung auf dem Wege über eine Londoner Konferenz aufgegeben hat und daß an deren Abhaltung nicht mehr gedacht werden. Die englische Regierung will jetzt offenbar der Entscheidung Zeit lassen. Für Deutschland ist diese Wendung äußerst überraschend und wenig erwünscht.

Von deutscher Seite war bei dem Beginn des englischen Geschäftsträgers am Dienstag zwar von der Voraussetzung angenommen worden, die für den Beginn einer Konferenz aufgestellt werden müßten, aber diese Voraussetzung verlangten von keiner der interessierten Mächte eine Festlegung. Die deutsche Forderung ging vielmehr dahin, daß die englische und die französische Regierung sich bei dem Beginn einer solchen Konferenz nicht auf ihre in den früheren Veröffentlichungen ausgesprochenen Auffassungen festlegen betrachten dürften, sondern daß die Konferenz völlig Bewegungsfreiheit haben sollte.

Während in Berlin der englische Geschäftsträger dem Staatssekretär des auswärtigen Amtes die Einladung zur Londoner Konferenz überbrachte, fand in Paris eine Aussprache zwischen dem englischen Außenminister Simon und dem französischen Ministerpräsidenten Herriot statt. Diese Aussprache hat offenbar ergeben, daß Frankreich die deutsche Gliederberechtigung nicht zugeben will, und damit dürfte es zweifellos, daß England seinen Konferenzplan aufgibt.

Es ist festzuhalten, daß in der englischen Auslassung die ablehnende Haltung Frankreichs und dem „von deutscher Seite eingenommenen Standpunkt“ ausdrücklich unterstrichen wird, so daß auch in der englischen Darstellung die Stellungnahme der französischen Regierung als der Hauptanlass für das Scheitern der Konferenz bezeichnet wird.

Wie die Entscheidung jetzt weitergehen wird, ist zunächst unklar. Die englische Regierung meint offenbar, daß es auf der Abrüstungskonferenz selbst gelingen wird, Vereinbarungen aufzubringen, die den deutschen Standpunkt mehr entgegenkommen. Deutschland hat von vornherein erklärt, daß es die Abrüstungskonferenz zwar nicht beabsichtigt, daß es aber ihren Verlauf aufmerksam beobachten würde. Der Präsident der Abrüstungskonferenz Denbendon hat in seinem Brief an den deutschen Außenminister und in seinen öffentlichen Erklärungen wiederholt der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die zweite Phase der Abrüstungskonferenz erfolg-

reicher sein werde als die erste. Auf diese Meinung stützt sich jetzt wohl auch die englische Regierung.

Es wird dabei aber abzuwarten sein, ob es in Osnabrück, bei den in der offiziellen Abrüstungskonferenz, oder bei den in der Privatgesprächen, an denen Deutschland nun ja ebenfalls teilbeteiligt ist, zu einer Erweiterung auch der deutschen Gliederberechtigung kommen wird, die an und für sich nicht auf dem Programm der Abrüstungsverhandlungen steht. Zunächst liegt nur die Tatsache vor, daß Deutschland und die Abrüstungskonferenz verchiedene Wege gehen wollen. Ob und wann sie zusammengeführt werden, läßt sich nicht übersehen.

## Colijns Kapuzinerpredigt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 5. OKTOBER

Eine ganz hervorragende Strafprognose gegen die Säbden der Wirtschaftspolitik seit der Regierung hat heute in der zweiten Kammer der Nationalversammlung der bekannte frühere holländische Handels- und Finanzminister Colijn, der Präsident der niederländischen Handelsmission des Völkerbundes, Colijn machte sich gegen die Doktrinen, die eine Befestigung der Wirtschaftslage wie ein Wunder erwarten. Er grüßte die Auflosigkeit aller Konferenzen auf, bei denen die Delegierten einseitige Beschlüsse fassen, während die Regierungen dann meist das Gegenteil tun. Solange das Ansehen der Goldstränge andauere, könne die Krise gar nicht abnehmen.

Die einzige überhaupt noch offensichtliche Hoffnung sieht Colijn in der kommenden Weltwirtschaftskonferenz. Wenn diese versage und die wirtschaftliche Handelspolitik von heute fortgesetzt werde, müßte unter Lebenshaltung um ein halbes Jahrhundert mehr und mehr zurückgeworfen werden.

## Der gefälschte Skandal

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 5. OKTOBER

Im heutigen Ministerrat erklärte über den sogenannten „Lufthafentank“ der Innenminister Chaumets als Vertreter des vereinigten Luftfahrtministeriums Painlevé, daß sich sämtliche Dokumente über den angeblichen Skandal der französischen Materiegesellschaft Gnome et Rhône durch die Deutsche Luftfahrt als gefälscht erwiesen hätten.

Sie darauf plagierte die Bombe: Der Bruder des nur kurzam verstorbenen Senators de Lubersac, der einst unter Mathias das erste Sachverständigenkomitee mit Stimmes abgelehnt hatte, wurde wegen Mißbrauch an der Fabrikation der Schweißdrucke verhaftet. Er gab zu, die falsche Behauptung aufgestellt zu haben, der ebemalige Luftfahrtminister Dumontail und der sozialistische Abgeordnete Renaudel hätten bei der Quantanz Trust Company of New York größere Schäden einwirket. Lubersac ist 1924 schon einmal wegen einer großen Schweißdrucke verurteilt worden. Damals hatte er der jugoslawischen Regierung 700 000 Gewehre verkauft, die überhaupt nicht existierten.

Der Hauptstrahlende des gefälschten Dokumentenmaterials, der angebliche Journalist Lucien Colin, alias Serge Lucco, ist heute ebenfalls festgenommen worden.

## Mazedonisches Mordopfer in Cesterreich

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 5. OKTOBER

Vor einigen Tagen wurde bei Widlmann in Oberösterreich aus dem Hainichen Wäldchen eine Leiche geborgen, die als die des Direktionsrats Dimitrow aus Sofia erkannt wurde. Der Obduktionsbefund ergab, daß Dimitrow ermetet wurde, und daß es sich offenbar um einen macedonischen Fremden handelt. In dem Tadel des Ermordeten wurde ein größerer Überdrehung gefunden, so daß es sich nicht um einen Raubmord handeln kann. Es wird angenommen, daß die Leiche in die Gegend von Widlmann mit einem Auto gebracht worden ist.

In dem Prozeß Dr. Weiß gegen „Angriff“ wurden der angeklagte Redakteur Dr. Julius Lippert wegen Beleidigung des Polizeivizepräsidenten Weiß und über Nachrede in bezug auf den Polizeipräsidenten Grzesinski und Dr. Weiß zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten, der angeklagte Lokalredakteur Krause wegen der gleichen Straftaten und außerdem wegen eines weiteren Falles fortgesetzter Beleidigung von Dr. Weiß zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Den Nebenklägern Grzesinski und Dr. Weiß wird die Befugnis zugesprochen, das Urteil auf Kosten der Angeklagten auf der ersten Seite des „Angriffs“ sowie in weiteren fünf Berliner Zeitungen zu veröffentlichen.

Ob einem die Ehre genommen werden kann, ob Ritterbraut oder Richterpruch sie wieder geben können, mag zweifelhaft sein. Aber das, was heute im öffentlichen Leben steht, gewärtigen mich, fortgesetzt den schwersten Ehrenentfaltungen sich auszuweisen, steht ebenso fest, und ebenso, daß es immer noch kein besseres Mittel gibt, die Ehrenentfaltung abzuwenden, als indem man sich dem Richter stellt.

Der Art unserer Beleidigungsprozesse ist ganz gewiß nicht erfreulich. Es gibt viele, und darunter vor ein bester Reichsrichter, der selbst zu den höchsten Richtern zählt —, die es sich zum Grundprinzip gemacht haben, auf seine Beleidigung zu klagen. Sie glauben, daß ihre Ehre ihnen niemand nehmen kann.

Daß Polizeivizepräsident Weiß sich anders entscheiden hat, muß man begrüßen. In der Person dieses tüchtigen Beamten sah die Ritter-Partei, obwohl der von ihm belästigte Posten weder besonders hohen Ranges ist noch besonders großen Einfluß besitzt, gerade den „System“ verlor. Dieses System suchten sie herauszuwürgen, indem sie Bernhard Weiß anhängen, was sich irgend anhängen ließ, in der Erwartung, es werde schon etwas hängen bleiben. Weiß hat die Feuerprobe einer weitaustragenden Beweisaufnahme vor Gericht nicht gesteht. Er hat sie bestanden.

Och das nun so weitergehen, daß Männer des öffentlichen Lebens genötigt werden, gegen wahrnehmbare Behauptungen, die auf Klatsch, böswilliger Verleumdung oder Erfindung beruhen, sich dem Gericht zu stellen, wo dann bis in den letzten Winkel alles durchsucht, bis zur letzten Feder alles über die Kappe genommen wird? Dieses „System“ der demagogischen Verleumdung hat die Nationalsozialisten entwickelt. Sie konnten es durchführen, weil ihnen das Glück wohl war. Natürlich fielen sie in der Mehrzahl der Fälle herein. Vor Gericht haben sie dann wohl die und wehmütig um Verzeihung, haben Ehrenerklärungen ab, ließen sich verurteilen, aber was drang ihnen in die große Feindschaft? Die Schwärzer, die zwar mit der Deutlichkeit hergestellt werden, aber mit dem Begriff „Brot“ eine geistige Beziehung nicht haben, fanden Zeitnahe und Wunderbare gläubiger, trügläubiger, wahngläubiger Leute. Welche Partei hätte wohl eine Enttüllung wie die des Verzeiger Gewalt-Dokumentes überleben können? Wie wäre es ohne diese legendäre Ovid möglich gewesen, daß ein Mann, der eben noch Genarben in Stützburgerkauer werden sollte und dann durch eine Ehrenentfaltung Regierungsrat in Brandenburg wurde, den anerkanntsten Mann der Nation die Staatsführung freitrag machen konnte? Es ist schon so, daß die Nationalsozialisten, vom Glück verdrängt, sich alles erlauben zu dürfen glauben.

Dieses Leute, die beim Langsam-Wein und im Herrenklub sitzen, entziehen sich nicht, Teilnehmerwissen von Offen den Spüren in den Ministerialrat ermöglichen, gebörden sich jetzt als deren erfrigte Bekämpfer.

Dieses Leute, die aber allerdings nicht schwer zu beschwänzen sogenannten Wirtschaftsführern einreden, sie würden die Gewerkschaften zerpulsen, vernommen sich jetzt als radikale Streikführer.

Dieses Leute, die vom eigenen Eingehändnis auf dem rechten Rücken der „ZB-Verleumdung“ der Regierung Kapfen den Spüren in den Ministerialrat ermöglichen, gebörden sich jetzt als deren erfrigte Bekämpfer.

Dieses Leute, die den dort unbegrifflicher republikanischer Verberdung im Reichsinnenministerium hochgehommen Ministerialrat Solof als Parteigenossen in die Raunfand-